



Februar 2024

Hamburg kommt in Bewegung: Klare Kante gegen Rechts



Kundgebung am 19.01. am Jungfernstieg siehe S. 4f. (Foto Christiane Schneider)

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Samstag, 02.03.2024

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung BMV Bezirksliste	S. 2
Ergebnisse WK-Versammlungen	S. 3
Klare Kante gegen Rechts	S. 4
Demo für „Spendabel“	S. 6
David zum PUA Cum-Ex	S. 6
Tarifabschluss öD Länder	S. 7
Heute warm – morgen arm	S. 9
Die roten Vorlesungen	S. 9
Unser Hafen – nicht euer Casino	S. 10
Termine / Kontakt	S. 12

Mitgliederversammlung für die Aufstellung der Bezirksliste der LINKEN in Hamburg-Mitte für die Bezirksversammlungswahlen am 09. Juni 2024

Liebe Genoss*innen,

hiermit laden wir euch herzlich zur Mitgliederversammlung für die Aufstellung der Bezirksliste, um dort die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in Hamburg-Mitte zu den Bezirksversammlungswahlen am 09. Juni 2024 zu wählen, ein:

Ort: Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg

Datum, Uhrzeit: Sonntag, 11. Februar, 11 bis 18 Uhr

Stimmberechtigt sind auf dieser Versammlung alle Mitglieder der LINKEN, die im Bezirk wohnen und am Tag der Versammlung das Stimmrecht zur Bezirksversammlungswahl haben - also EU-Staatsbürger*innen sind, die das 16. Lebensjahr vollendet haben.

Da wir dies im Rahmen der Mandatsprüfung feststellen müssen, bitten wir euch, auf jeden Fall einen gültigen Personalausweis oder Reisepass inkl. einer amtlichen Meldebestätigung mitzubringen. Mitglieder, die keines der beiden Dokumente zur Versammlung mitbringen können, können ausnahmsweise ihr Wahlrecht zur Bezirksversammlung in den Wahlkreisen durch eine eidesstattliche Versicherung belegen.

Sinnvoll ist es, ca. 30 bis 15 Minuten vor Beginn der Versammlung zu kommen, da die Mandatsprüfung erfahrungsgemäß länger als bei einer normalen BMV dauert.

Tagesordnungsvorschlag:

1. Begrüßung

2. Konstituierung

- a) Bestimmung einer Versammlungsleitung
- b) Bestimmung der Mandatsprüfungskommission
- c) Bestimmung der Protokollführung
- d) Bestimmung einer Wahlkommission
- e) Bestimmung einer Geschäftsordnung
- f) ggf. Beschlüsse zur Wahlordnung
- g) Beschluss zur Tagesordnung

3. Wahl der Kandidatinnen & Kandidaten für die Bezirksliste

- a) Einzelwahlen der ersten Plätze
Vorstellung, Befragung, Antwortrunde, Einzelwahlen
- b) Ggf. Gruppenwahl ab den folgenden Plätzen (ungerade Plätze) zur Sicherung der Mindestquotierung
Vorstellung, Befragung, Antwortrunde, Gruppenwahl
- c) Gruppenwahlen ab den folgenden Plätzen (gerade Plätze) offener Wahlgang für Männer und Frauen
Vorstellung, Befragung, Antwortrunde, Gruppenwahl
- d) Bestimmung von zwei Personen, die eine Versicherung an Eides statt zum korrekten Ablauf der Versammlung geben.
- e) Bestimmung der Vertrauensperson und deren Stellvertreter*in.

4. Verschiedenes

(Hierunter können Vereinbarungen zum Wahlkampf getroffen werden.)

Diese Einladung vom Bezirksvorstand sollte alle Mitglieder bereits vor einigen Tagen erreicht haben.

In den **Wahlkreisversammlungen** wurden folgende Kandidat*innen aufgestellt:

Wahlkreis 1 Altstadt, HafenCity, Neustadt, St. Pauli (5 Sitze):

Antonia Ivankovic, Theresa Jakob, Sophia Lund, Martin Wittmaack, Verena Brachvogel, Manuel Bamming, Jörg Otto

Wahlkreis 2 St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde, Rothenburgsort (3 Sitze):

Steffen Leipzig, Nora Stärz, André Korbas

Wahlkreis 3 Hamm (4 Sitze):

Maureen Schwalke

Wahlkreis 4 Horn (4 Sitze):

Susanne Morgenstern, Christian Götsch

Wahlkreis 5 Billstedt-Nord (4 Sitze):

Wolfgang Strauß, Bernd Forkel, Günter Sturm

Wahlkreis 6 Billstedt-Süd (3 Sitze):

Martin Mehmet, Roberto Perez Hagen

Wahlkreis 7 Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook (3 Sitze):

Ronald Wilken, Heinrich Westphely, Lutz Zimmermann

Wahlkreis 8 Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk (4 Sitze):

Marinus Stehmeier, Sven-Friedrich Wiese

Damit sind alle Wahlkreise mit Kandidat*innen versehen, aber es fällt auf den ersten Blick auf, dass wir zu wenige Frauen aufgestellt haben – außer im WK 1 St. Pauli. Da wird die BMV noch nachbessern müssen, vorausgesetzt, es finden

sich Genossinnen, die zu einer Kandidatur bereit sind.

Andererseits haben wir die Zahl der zu vergebenen Sitze nochmals nachrichtlich hinzugefügt. Die macht nämlich deutlich, dass es sehr unterschiedliche Aussichten für die Wahlkreiskandidat*innen gibt: In einem Fünfer-Wahlkreis wie St. Pauli müsste schon viel Schlimmes passieren, damit wir kein Direktmandat erringen, auch wenn die anderen zum Wahlkreis gehörenden Stadtteile keine LINKEN-Hochburgen sind.

Ganz anders sieht es in den Dreierwahlkreisen aus. Grob gerechnet müssten wir schon drittstärkste Partei im jeweiligen Wahlkreis werden, um ein Mandat zu erhalten, das dürfte in der gegenwärtigen Situation schwierig werden.

Und irgendwo dazwischen sind die Viererwahlkreise angesiedelt. Da müssten wir für ein Direktmandat schon CDU oder AfD auf die Plätze verweisen.

Was will ich damit sagen?

Bei der BMV kommt es darauf an, für die Bezirksliste verschiedene Kriterien zu berücksichtigen. Anzustreben für die Liste (und letztlich die neue Fraktion) ist eine Ausgewogenheit der Geschlechter, eine räumliche Ausgewogenheit, eine Ausgewogenheit zwischen Erfahrenen und Neuen. Und natürlich muss jemand, der (wieder) zur Fraktion gehören soll und in einem Dreierwahlkreis aufgestellt wurde, auf der Liste möglichst mit einem vorderen Platz abgesichert werden.

Auch wenn natürlich niemand genau wissen kann, nach welchen Kriterien die Wähler*innen letztlich ihr Kreuzchen machen. besel

Wahlkreisversammlung im WK 7 und WK 8

Am Samstagnachmittag, den 20.1.2023, wurden im Bürgerhaus Wilhelmsburg zuerst die Kandidat*innen für den Wahlkreis 7 Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook (WK7) aufgestellt und danach die für den Wahlkreis 8 Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk (WK8).

Im WK 7 sind Ronald Wilken auf Platz 1, Heiner Westphely auf Platz 2 und Lutz Zimmermann auf Platz 3 jeweils einstimmig nominiert worden.

Im WK 8 wurde Marinus Stehmeier auf Platz 1 nominiert und Sven-Friedrich Wiese auf Platz 2 – jeweils einstimmig.

Herzlichen Glückwunsch an alle nominierten Kandidaten und nun sind wir im Wahlkampfmodus!

Vielen Dank auch an alle Genoss*innen aus anderen Stadtteilen aus unserem Bezirk HH-Mitte, die diese Wahlkreisversammlung durch ihre Hilfe im Rahmen der Versammlungsleitung, Mandatsprüfung etc. erst ermöglicht haben.

Sven-Friedrich Wiese

Klare Kante gegen Rechts

Am 24. Januar versammelten sich auf Einladung des Hamburger Bündnisses gegen Rechts (HBgR) rund 150 Menschen im damit völlig überfüllten Curio-Haus, um sich über eine gemeinsame Kampagne bis zu den Europa- und Bezirksversammlungen zu verständigen. Neben einer Reihe von Einzelpersonen waren über 70 große und kleine Organisationen, Initiativen und Einrichtungen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen vertreten (inzwischen umfasst der Verteiler sogar über 100). Auch die LINKE war der Einladung gefolgt. Nach dem hier dokumentierten Einleitungsbeitrag, den ich für das HBgR hielt, entwickelte sich eine lebendige und solidarische Diskussion. Die vorgeschlagene „Idee“ der Kampagne, die vor allem auf zahlreichen Aktivitäten „vor Ort“ abhebt, wurde aufgenommen. Nicht wenige hatten bereits Ideen mitgebracht, die sie umsetzen wollen. Eine dieser Ideen ist bereits weit gediehen: Etliche Bands haben sich zusammengeschlossen, um vor den Wahlen in drei Stadtteilen Konzerte zu veranstalten. Mehrere Arbeitsgruppen entstanden, eine Koordinierungsgruppe, eine Gruppe für die Ausarbeitung eines Aufrufs bzw. einer Plattform, eine Gruppe für Öffentlichkeitsarbeit; eine Website und verschiedene Social-Media-Aktivitäten sind in Vorbereitung.

Wünschenswert ist, dass sich die LINKE und natürlich unser Bezirksverband an Aktionen aktiv und mit eigenen Initiativen beteiligen. Am 27. Februar führt der Bezirksvorstand in Mitte dazu eine Informations-, Diskussions- und Aktionsveranstaltung durch. Es ist sehr erwünscht, Vorschläge für antifaschistische Aktivitäten mitzubringen.

Christiane Schneider

Dokumentiert

(...) Das Hamburger Bündnis gegen Rechts schlägt eine gemeinsame Kampagne zu den Europa- und Bezirksversammlungen am 9.6. vor gegen die AfD und gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa. Eine Kampagne, die Menschen erreichen will, die sich bisher noch nicht engagieren oder die vielleicht auch der Meinung sind, mit der Wahl der der AfD „denen da oben“ einen Denkart zu verpassen zu können. Wir engagieren uns für eine solidarische Gesellschaft und für ein solidarisches Europa, in dem die politischen und die sozialen Menschenrechte uneingeschränkt gelten. Deshalb werden wir uns,



Foto: Hamburger Abendblatt

Ein denkbar breites Bündnis hatte am 19.1. zur Kundgebung am Jungfernstieg aufgerufen. Da musste Sabine es dann auch mal ertragen, direkt neben CDU-Thering zu stehen: Gegner sind die Faschisten!

das sage ich für das Hamburger Bündnis gegen Rechts und das gilt sicher auch für viele andere Anwesende, auch weiterhin kritisch mit einer Politik auseinandersetzen, die die Rechtsentwicklung begünstigt und vorantreibt. Es gibt viele Gründe für diese Kritik. Aber klar ist auch: Der gemeinsame Gegner ist die AfD, denn es geht darum, ihren Aufstieg nach unseren Kräften zu stoppen. Unser Vorschlag für den Kampagnentitel lautet deshalb: Klare Kante gegen Rechts.

Bevor ich unsere Idee der Kampagne vorstelle, noch einige Worte zur AfD. Die AfD greift die Grund- und Menschenrechte und damit die Würde des Menschen frontal und umfassend an. Sie ist eine Gefahr für viele Menschen und für das friedliche Zusammenleben in einer interkulturellen Gesellschaft.



Nochmal der 19.1.: Nichts ging mehr auf dem Jungfernstieg. Und schließlich musste sogar abgebrochen werden. Foto: Reinhard Schwandt

Aus ihrem völkisch-nationalistischen, rassistischen Charakter hat sie noch nie einen Hehl gemacht. Schon in ihrem Grundsatzprogramm bekräftigte sie, die „Nation als kulturelle Einheit“ verteidigen bzw. wiederherstellen zu wollen. Höcke drohte 2018 mit einem „großangelegten Remigrationsprojekt“, bei dem man „nicht um eine Politik der ‚wohltemperierten Grausamkeit‘ ... herumkommen werde“. Aber ihre völkische Ideologie äußert sich nicht nur in gewaltbereitem Rassismus, sondern richtet sich gegen alles „Undeutsche“, gegen alles, was abweicht von dem, was das „Deutsche“ ausmache: Herkunft, Heimat, Tradition, Glaube, Gemeinschaft, die bürgerliche Familie. „Die rechte Idee ist eine Ordnung“, schreibt der AD-Spitzenkandidat Krahn, „die aus der Tradition wächst und mit der Natur in Einklang steht“. Unvereinbar damit sind dann: Frauenemanzipation, islamische Gemeinschaften, queere Menschen, Selbstbestimmung, Linke in allen Schattierungen ... und natürlich Demokratie.



Am 28.1. war's nicht ganz so eng Foto: R. Schwandt

Es geht aber auch um Aufklärung über die Vorstellungen, die die AfD nicht unbedingt laut hinausposaunt. Denn bei allem Volksgemeinschaftswahn vertritt die AfD auch krass neoliberale Vorstellungen. In ihrer Europapolitik will sie z.B. ausgerechnet die „Säule Sozialer Rechte“ abschaffen, in der es u.a. um faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion geht und die bei aller Symbolpolitik eben auch reale soziale Fortschritte fördert.

Für die Bundesrepublik gibt es zig Untersuchungen, dass die Vorstellungen der AfD auf eine Umverteilung von unten nach oben hinauslaufen. Hier ist breit angelegte Aufklärung unbedingt wichtig.

Und nun will ich kurz die Idee der Kampagne skizzieren. Wir schlagen vor, dass das Bündnis auf ganz vielen Basisaktivitäten beruht. Wichtig ist, was „vor Ort“ geschieht. Wo möglich und sinnvoll, können und sollten wir uns dabei vernetzen. Die Erstellung von Materialien z.B. kann zentral unterstützt, manches auch nur zentral erledigt werden. Wichtig ist vor allem möglichst viele Menschen zu erreichen. (...) Natürlich brauchen wir als Kampagnenbündnis einige gemeinsame große Aktionen. Zweitens schlagen wir deshalb eine große gemeinsame Veranstaltung vor, auf der wir unsere Aktivitäten vorstellen. Und drittens eine große Abschlussdemonstration mit Kundgebung vor dem Rathaus am 1. Juni*, also eine Woche vor den Wahlen.

Was wir mehr oder weniger schnell brauchen: auf jeden Fall eine Koordinierungsgruppe, dann eine Pressegruppe und eine Gruppe für die sozialen Medien, vielleicht auch noch einiges andere. Jedenfalls: Es wartet viel Arbeit auf uns, fangen wir an.

*Der 1. Juni hat sich allerdings aufgrund einer die ganze Innenstadt umfassenden Sportveranstaltung als undurchführbar erledigt. CS



Ob das der AfD-Fan versteht? Foto: R. Schwandt

Ihre Volksgemeinschafts-Ideologie, das zeigt sich immer deutlicher, ist auch sozialdarwinistisch. Wenn Höcke die Inklusion behinderter Schülerinnen und Schüler rückgängig machen will; wenn die AfD in ihrem Europawahlprogramm schreibt, dass „Inklusion um jeden Preis zu Lasten der Bildungsqualität“ gehe, und sie die Inklusionspolitik der EU ausdrücklich zurückweist; wenn Nockemann um das Drob Inn herum einen Zaun ziehen lassen will, weil man dem „Normalbürger“ (Zitat) den Anblick der Menschen dort nicht zumuten könne, dann zeigt das ihr sozialdarwinistisches, exkludierendes Gesellschaftsbild.

Zentrales Anliegen unserer Kampagne ist deshalb: Solidarität mit und Ermutigung von allen Menschen, die von den rassistischen, völkischen, sozialdarwinistischen Gesellschaftsvorstellungen der AfD bedroht sind.

Demo für Sozialkaufhäuser

Am 18.1.2024 hat die Initiative „Wilhelmsburg Solidarisch“ zusammen mit solidarischen Wilhelmsburger*innen und natürlich auch mit der Linkspartei-Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel gegen die Schließung des Sozialkaufhauses Spendabel demonstriert.

Über 50 Menschen versammelten sich um 16 Uhr bei klirrendem Frost vor dem Jobcenter in der Mengestraße. Ihre Forderung „Spendabel bleibt!“ stand nicht nur auf einem großen Transparent, sondern wurde immer wieder laut skandiert. Denn ob Kleinmöbel, Hausrat, Kinderspielzeug oder Kleidung: Viele Menschen mit kleinem Einkommen kauften bisher bei dem Sozialkaufhaus am Veringhof ein.

Zum Hintergrund: Weil die Bundesregierung sparen muss, hat das Ministerium für Arbeit und Soziales den Jobcentern die Zuschüsse für 2024 um 700 Millionen Euro gekürzt und in Hamburg fehlen dadurch um die 25 Millionen Euro. Die Sozialbehörde wiederum hat entschieden, das Geld vor allem bei Projekten für Langzeitarbeitslose einzusparen, die als Ein-Euro-Kräfte beispielsweise in Sozialkaufhäusern arbeiten.

Unter anderem meldete sich vor dem Jobcenter in der Mengestraße auch Ronald Wilken, für unsere Partei Fraktionsmitglied in der Bezirksversammlung, am Mikro zu Wort: „Unsere Fraktion



hat schon im September vergangenen Jahres einen Antrag für den Erhalt von Spendabel in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gestellt.“

Ronald hat den Demonstrant*innen übrigens keinen Honig um den Mund geschmiert, sondern frank und frei gesagt, dass die Verhinderung der Spendabel-Schließung sauschwierig sei, aber wir, Die Linke, ohne Wenn und Aber an der Seite von „Wilhelmsburg Solidarisch“ stünden.

Dieser Antrag vom 20.9.2023 unserer Bezirksfraktion wurde übrigens maßgeblich von unserem Fraktionsmitglied Ina Morgenroth verfasst und ist einsehbar auf der Homepage der Bezirksfraktion. SFW

Cum-Ex-Untersuchungsausschuss



Am kommenden Dienstag, 6.2., kommt unser Bürgerschaftsabgeordneter David Stoop als Gast auf unsere monatliche Sitzung der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel und hält ein spannendes Referat zum Cum-Ex-Untersuchungsausschuss, in dem er neben Norbert Hackbusch Mitglied ist.

Unsere BO-Sitzung beginnt um 19 Uhr und findet in unserem Ortsbüro in der Georg-Wilhelm-Str.7a statt. Vom Hauptbahnhof mit der S-Bahn zur S-

Bahnstation Veddel und von dort mit der Buslinie 13 (kommt alle 5 Min.) zur Haltestelle Vogelhütendeich und dann noch 1 Minute zu Fuß wäret ihr in ungefähr 25 Minuten in unserem Ortsbüro.

Zu unseren kommenden BO-Sitzungen jeden ersten Dienstag im Monat werden wir uns übrigens weitere interessante Referent*innen zu spannenden Themen einladen, die ich dann hier in unserem Mittemang und/oder über den bvmitte-Verteiler rechtzeitig nochmals ankündigen werde.

Liebe Genoss*innen nördlich der Elbe: Kommt gerne am kommenden Dienstagabend vorbei - wagt den Sprung über die Elbe, denn es lohnt sich.

Text: Sven-Friedrich Wiese

Bild: David privat

Tarifabschluss Öffentlicher Dienst (Länder) In Hamburg hohe Streikbereitschaft - mit dem Abschluss erfolgt die Ernüchterung!

Über die Warnstreiks habe ich bereits in den Ausgaben des "MitteNang" in den Monaten November und Dezember ausführlich geschrieben.

Seit Ende Oktober bis Anfang Dezember waren Tausende Beschäftigte aus den unterschiedlichsten Bereichen des Hamburger Öffentlichen Dienstes auf der Straße mit den Höhepunkten am **"Streiktag zur Stadtstaatenzulage"**, an dem über 6.000 KollegInnen aus Hamburg - unterstützt von Delegationen aus Berlin und Bremen - zum Rathaus demonstrierten - und dem **"Tag der Sozial- und Erziehungsdienste (SuE)"** mit rund 4.500 Streikenden.



Streikende vor der Umweltbehörde Foto: vb

Die Streiktage waren örtlich und thematisch über ganz Hamburg verteilt, so dass auch diejenigen sich beteiligen konnten, die nicht an allen Tagen - sondern vielleicht nur punktuell - dabei sein konnten. Das hat die besondere Dynamik ausgemacht: So mancher Stadtteil, wie Volksdorf oder Kirchdorf-Süd, hat zum ersten Mal einen Demo-Zug mit Tausenden Beschäftigten erlebt, der vor Schulen das Personal wie Hausmeister, Schulbürokräfte, Lehrer und Erzieher (auch die GEW hat sich beteiligt) abholte und Kundgebungen dort - vor Ort - abhielt. Kurzum - die Stimmung in den täglichen Demo-Zügen war ausgesprochen gut - und trotzte den unterschiedlichen Wetterlagen!

Die schon vor Jahren begonnene intensive Mitgliederbetreuung von Ver.di (bei der auch GenossInnen von uns eine maßgebliche Rolle gespielt haben) sorgte für eine breite Beteiligung (Sozial- und Erziehungsdienste, studentische Mitarbeiter, auf den Bauhöfen, Feuerwehr und Schulpersonal). So begann der Streik in Hamburg gleich mit einem großen "Knall": Platzwarte vieler Sportstätten legten - angekündigt - ihre Arbeit nieder und machten auf ihre - in den letzten Jahren - ver-

schlechterten Arbeits- und Verdienstbedingungen aufmerksam. Ihre Personalabteilungen in den Bezirksämtern reagierten mit Abmahnungen und Androhungen der Kündigung!

Einen "Knebel" hatten sich leider beide Tarif "partner" - die Arbeitgeberseite mit Finanzsenator Dressel als Verhandlungsführer und die Gewerkschaftsführung von Ver.di, GEW und DBB - bereits vorher selber verpasst, in dem sie in den drei Verhandlungsrunden (vor Weihnachten) den Tarifabschluss "über die Bühne bringen wollten".

Die Forderungen waren

- 10,5 %, mindestens 500 Euro für alle
- 200 Euro für Nachwuchskräfte und unbefristete Übernahme der Azubis und Dualstudierenden
- 12 Monate Laufzeit
- Zulagen für Pflegekräfte, im Justiz- und Maßregelvollzug
- 300 Euro Stadtstaatenzulage für Berlin, Bremen und Hamburg, 150 Euro für Nachwuchskräfte
- Übertragung der Verbesserungen auf alle SuE-Bereiche
- Tarifliche Regelungen für studentische Beschäftigte
- Tarifierung von Zulagen für Gesundheitsbereiche in Psychatrien und im Straßenbau und -betriebsdienst

Der Abschluss:

- Der Tarifvertrag gilt vom 1.10.2023 bis 31.10.2025 (25 Monate)!
- 3.000 Euro steuerfreier Teuerungsausgleich, davon 1.800 Euro sofort und ab Januar bis Oktober 2024 monatlich 120 Euro (wirkt sich nicht auf die spätere Altersrente aus)
- Azubis, Dualstudierende, Praktikanten erhalten 1.000 Euro sofort und 50 Euro monatlich bis Oktober 2024
- Der Tariflohn steigt ab 1.11.2023 um 200 Euro und ab 1.11.2024 um 5,5, %.
- Unbefristete Übernahme aller Azubis und Dualstudierende bis Abschlussnote "3", für schlechtere Benotung nur eine vorerst befristete Übernahme von einem Jahr

- Ausweitung der Pflegezulage im Justizdienst und Maßregelvollzug und den Gesundheitsdiensten

- 130 - 180 Euro für bestimmte Entgeltgruppen im SuE-Bereich

- Übertragung aller Ergebnisse auf die Beamten und Versorgungsempfänger

- Schuldrechtliche Vereinbarungen für studentische Beschäftigte ohne Studienabschluss (Mindestvertragszeit ein Jahr, Stundenlohn 13,25 Euro(!), ab Sommersemester 13,98 Euro).

Und nun zum sogenannten "**Knackpunkt**" für die Hamburger Beschäftigten, der "**Stadtstaatenzulage**":

Da viele Bundesländer ihre Beschäftigten besser bezahlen, ziehen diese zunehmend um oder nehmen längere Anfahrtswege in Kauf. In Hamburg sind rund 5.000 Stellen im Öffentlichen Dienst unbesetzt. Berlin versucht seit zwei Jahren dem Problem mit der freiwilligen Zahlung einer "Stadtstaatenzulage" von bisher 190 Euro zu begegnen. Senator Dressel gab auch zu, dass es immer schwieriger wird, geeignete Bewerber für die unbesetzten Stellen zu finden. Eine Verhandlung über die Zahlung einer Zulage bot er jedoch frühestens nach der nächsten Bürgerschaftswahl – 2025! - an.

Direkt nach dem letzten Verhandlungstag fanden in Hamburg intensive Veranstaltungen und Online-Sitzungen mit vielen GewerkschaftskollegInnen statt, danach der Austausch in den Betriebsgruppen und unter den Vertrauensleuten.

Die Hamburger Verhandlungskommission hat - mit deren Votum - das Verhandlungsergebnis abgelehnt!

Ihre Kritik: Der sogenannte "Teuerungsausgleich" wirkt sich nicht rentenrechtlich aus (ein Jahr Null-Runde)

Für die Studentischen Arbeitskräfte wurden lächerliche Vereinbarungen getroffen mit einem Stundenlohn - anlog dem Mindestlohn.

Und in Hamburg werden weiterhin die Verhandlungen über die "Stadtstaatenzulage" abgelehnt!

Bundesweit erfolgte auch nur eine Zustimmung von 66 % der beteiligten KollegInnen. Das ist ein denkbar schlechtes Ergebnis! Nichtsdestotrotz stimmte die Mehrheit der anderen Bundesländer dem Abschluss zu. Da spielt das "**Veto**" der **Hamburger Delegierten** auch keine große Rolle mehr. Obwohl die Kampfbereitschaft in den Großstädten lag!

Die Berliner KollegInnen freuen sich jetzt über eine tarifliche - nicht nur freiwillige - Zulage! Die Bremer Verhandlungskommission sagte, dass sie

mit ihrem Senat (rot-rot-grün) viele soziale Vergünstigungen hätte (welche?). – So viel zum Thema "gelebte Solidarität".



Beim Lesen wird wahrscheinlich der eine oder die andere sich denken: was die sich beschweren? So viel Geld möchte ich auch mal bekommen! Das ist eine Lebensrealität! Eine andere ist es aber auch, die sich in der Forderung der Streikenden ausdrückt "**Wer in Hamburg lebt, muss auch von seinem Verdienst leben können!**" Dieses ist angesichts steigender Miet-, Energie- und Lebensmittelpreise immer weniger möglich! Und nicht, wie Senator Dressel in der ersten Verhandlungsrunde eine schon frühere Aussage wiederholte: "Dann sollen sie doch Wohngeld beantragen!"

Die Hamburger Streikenden treten dafür ein, dass **alle** in Hamburg lebenden gut von ihrem Verdienst oder Rente leben können - **Hamburg als gelebte solidarische Stadt!**

Heute Warm und morgen arm



Die Veranstaltung wurde moderiert von Heike Sudmann. Als Referent war Kolja Rosemann von Mietern helfen Mietern eingeladen.

Es gab gute Gespräche bei der Veranstaltung zu Mieten und Nebenkosten in der Honigfabrik in Wilhelmsburg.

Kolja Rosemann gab in seinem Referat einen guten Überblick über die aktuelle Situation in Hamburg und konnte ebenfalls zur aktuellen Einigung der Volksinitiative „Keine Profite mit Boden und Miete“ mit dem Senat berichten. Ein Fortschritt in der Mietenpolitik, keine Frage. Einen „Einstieg in den Kommunismus“, wie die CDU es auszudrücken pflegte, können wir allerdings nicht erkennen.

Großes Interesse zeigte sich natürlich beim Thema Nebenkosten. Angesichts der hohen Preissteigerungen bei Energiekosten, Entlastungspaket hin oder her, stellte sich nicht nur die Frage, wer das alles bezahlen soll. Es ging auch darum, welche Rechte man als Mieter*in überhaupt hat, informiert zu werden und sich gegen überzogene Nebenkosten zur Wehr zu setzen. Gar nicht so einfach, denn oft bleibt nur der Weg zur Anwältin oder zum Anwalt, und diese Hürde ist insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen besonders hoch.

Unser Fazit: auf dem Weg zu bezahlbaren Mieten liegt noch viel Arbeit vor uns. WS

Die „roten“ Vorlesungen: Alternative Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik ist für viele politisch Interessierte ein unübersichtliches Feld. Es fällt schwer, die verschiedenen Sachverhalte und Aussagen in den Medien zu verstehen und sie für die politische Arbeit zu nutzen. Mit den „roten Vorlesungen“ wollen wir dazu notwendige ökonomische Grundkenntnisse vermitteln, darüber hinaus mit verschiedenen Konzeptionen der Wirtschaftspolitik, die im Zentrum der Diskussionen stehen, vertraut machen.

Dies gelingt am besten mit der Einführung in die verschiedenen Konzeptionen der politischen Ökonomie:

1. Die Europäische Zentralbank EZB (Freitag, 2.2.24)

- Was ist eigentlich Geldpolitik?
- Was sind die Leitzinsen, was ist "die Zinspolitik"?
- Was wird bezweckt, wie sind die Funktionsweisen?
- Strategien und Kontroversen um die EZB-Politik

2. Inflation (Freitag, 16.2.24)

- Die unterschiedlichen Formen von Inflation
- Ihre Ursachen und ihre Bekämpfung
- Kritik der Inflation: Gewinner und Verlierer

3. Zur Schuldenbremse (Freitag, 1.3.24)

- Zur neoliberalen Begründung der Schuldenbremse
- Kritik der Schuldenbremse

4. Neoliberalismus (Freitag, 15.3.24)

- Entstehung
- Die Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus
- Wirtschaftswissenschaftliche und politische Kritik
- Warum ist der Neoliberalismus so weit verbreitet?

5. Marxistische Theorie (Freitag, 5.4.24)

- Grundzüge
- Ausbeutung
- Die Krisentheorie des Marxismus

6. "Ein Kessel Buntes" (Freitag, 12.4.24)

- "Was sie schon immer einen Ökonomen fragen wollten"
- Behandlung der bei der Anmeldung zu den roten Vorlesungen eingereichten Fragen, die in der letzten Sitzung öffentlich vorgestellt und behandelt werden

Ort: "Kaffeewelt", Raum "Vera Joergensen", jeweils **18-20 Uhr**

Bitte anmelden unter:

Regine.Brueggemann@t-online.de

UNSER HAFEN, NICHT EUER CASINO!

Interview mit unserem Linkspartei-Genossen Kay Jäger, der ver.di-Vertrauensmann und Betriebsrat beim Gesamthafenbetrieb in Hamburg ist, zum drohenden Ausverkauf des Hafens.

SVEN-FRIEDRICH WIESE(SFW): Kay, Anfang November 2023 stimmten Vorstand und Aufsichtsrat der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) den Verkaufsplänen zu. Daraufhin beschlossen am Nachmittag des 6.11.2023 die anwesenden Kolleg*innen im Terminal Burchardkai in den Streik zu treten, um die Privatisierung zu stoppen. Auch die anderen beiden folgenden Schichten schlossen sich an, so dass insgesamt hunderte Kolleg*innen an der Aktion beteiligt waren. Du hast deine Kolleg*innen vor Ort aktiv unterstützt. Wie hast du diese beiden Tage wahrgenommen?

KAY JÄGER (KJ): Am Anfang dieser spontanen Arbeitsniederlegung stand eine Pausenversammlung der Belegschaft am Burchardkai. Infolge dieser Versammlung beschlossen die Kolleg*innen vor Ort, in ihrer Wut über das Vorgehen des Senats und der Konzernführung in den Streik zu treten. Die Kolleg*innen haben eine unglaubliche Geschlossenheit bewiesen. Eine der zentralen Forderungen war, endlich Gespräche mit den Verantwortlichen aus der Politik führen zu können. Dies wurde von Finanzsenator Dressel und der Wirtschaftssenatorin Leonhardt kategorisch abgelehnt. Diese ablehnende Haltung der SPD-Verantwortlichen uns Beschäftigten gegenüber zieht sich mittlerweile durch die ganze Zeit der Auseinandersetzung. Die Kolleg*innen wiesen immer wieder darauf hin, dass sie Gesprächsbereit seien.

Es kamen während der 32 Stunden Streik immer wieder verschiedene politische Gruppen und Leute aus der Zivilgesellschaft, um ihre Solidarität mit den Streikenden zu bekunden und sich für die Ablehnung des Deals, der den Ausverkauf der HHLA bedeutet, auszusprechen. Die 32 Stunden Streik haben vor allem eins gezeigt: Wir Hafenbeschäftigten stehen nicht alleine mit unseren Forderungen, es ist vielmehr gegen das Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, das Herz der Stadt, den Hafen, einfach so an einen privaten Investor zu verscherbeln.

SFW: Du arbeitest seit 2009 beim Gesamthafenbetrieb(GHB). Nicht alle in unserer Linkspartei haben schon mal im Hafen gearbeitet. Erzähle unseren Leser*innen doch mal, wie ein typischer Arbeitstag von dir und deinen Kolleg*innen im Hafen abläuft.

KJ: Durch flexible Schichtarbeit, wechselnde Tätigkeit und unterschiedliche Einsatzorte im gesamten Hafen gibt es nicht den einen typischen

Tag. Angenommen ich habe Früh- schicht, beginne ich meinen Arbeitstag z.B. um 06:50 Uhr auf einem Containerterminal der HHLA, die Einteilung für den Tag habe ich am Nachmittag des Vortags bekommen. Ich soll z.B. Van Carrier fahren beim Containerterminal Tollerort. Also finde ich

mich dort zu Schichtbeginn ein und schaue auf den Einteilungszettel, ob ich an Land oder Wasserseite (LKW und Bahnabfertigung oder Schiffsabfertigung) eingeteilt bin. Bevor die Arbeit losgeht gibt es ein kurzes Briefing mit den Kolleg*innen mit denen ich diesen Tag in einem sog. Gang (Team) zusammenarbeite. Dann gehe ich zu dem mir zugewiesenen Van Carrier (15 Meter hoher Containerstapler für den Horizontaltransport), nehme das Gerät in Betrieb und fahre bis zu meiner ersten Pause die Containeraufträge, die mir über den Bildschirm zugewiesen werden. Der Kollege der grad Pause hatte, geht auf meinen VC und ich steige nach meiner Pause um auf den VC des nächsten Kollegen, der zur Pause fährt. Das rotierende System mit vier Mitarbeiter*innen für drei Van Carrier pro Gang sorgt dafür, dass permanent gearbeitet wird und das Terminal nie still steht. Nach 8 Stunden auf dem „Bock“ fahre ich dann gegen 15 Uhr an die Box und mache Feierabend. Nun rufe ich für den nächsten Tag in der Einteilungsstelle des GHB an und kriege die Order für den nächsten Tag: Umsetzung auf Spätschicht. In diesem Fall muss ich am nächsten Tag gegen 13 Uhr bei der Einteilungsstelle des GHB anrufen und werde zum Beispiel als Lascher (Ladungssicherung der Container an Bord eines Schiffes) zu Eurogate bestellt. Arbeitsbeginn 15 Uhr. Schon sieht der nächste Tag komplett anders aus. Diese große Flexibilität ist die Besonderheit beim GHB. Wir Gesamthafenarbeiter*innen sind ein Pool aus 1.000 unterschiedlich einsetzbaren Hafearbeiter*innen, die dann bestellt werden, wenn die Hafeneinzelbetriebe mehr Arbeit haben, als sie mit ihrem Stammpersonal bewältigen können.



Kay Jäger Foto: privat

SFW: Kay, während andere Häfen kräftig gewachsen sind, dümpelt der Hamburger Hafen vor sich hin. Woran liegt das?

KJ: Die Umschlagsmenge des Hamburger Hafens liegt seit 2006 im Mittel ungefähr bei 8,5 Millionen TEU (1TEU = 20 Fuß Standardcontainer). Dass sich der Hafen seitdem nicht besonders weiterentwickelt hat, liegt vor allem an der verfehlten Hafenpolitik des Senats. Es wurde sich in all den Jahren nur wenig mit einer ernsthaften Strategie für den Hamburger Hafen beschäftigt. Projekte, die geplant waren, wurden entweder nicht durchgeführt oder im nächsten Jahr wieder verworfen. Anstatt auf eine zukunftsfähige Hafenentwicklung mit Einbeziehung der Gewerkschaften und Umweltverbände zu setzen, hat die Stadt, die zu 70% Anteilseignerin der HHLA ist, über die Jahre jegliche Verantwortung von sich gewiesen und es ganz den Unternehmen selbst überlassen, sich zu entwickeln. Kurzum: Keiner der politisch Verantwortlichen hat sich darum gekümmert. Jetzt wird nach jahrelangem Stillstand so getan, als sei eine Teilprivatisierung der letzte Ausweg.

SFW: Ist die verschlossene Auster MSC wirklich der beste Partner für unsere Stadt, da die weltgrößte Reederei doch vielen in der Branche ein Mysterium ist: ein Familienunternehmen, das aber etwas mehr als ein Fünftel der globalen Warenströme kontrolliert - Amazon ist ein Krämerladen dagegen. Würde MSC am Ende tatsächlich mehr Ladung in den Hafen bringen? Und wie wahrscheinlich ist es, dass die Hafentarbeiter*innen um ihre Jobs bangen müssen?

KJ: MSC ist ein absolut undurchsichtiges Unternehmen, das seine Marktmacht dafür nutzt, sich in öffentliche Infrastruktur an vielen unterschiedlichen Standorten einzukaufen. Auf ihren Schiffen ist MSC alles andere als tariftreu und beschäftigt die Seeleute zu sklavenähnlichen Bedingungen, das macht uns als Beschäftigten natürlich Angst und ruft uns als Gewerkschafter*innen auf den Plan. Doch wir sollten uns insgesamt die Frage stellen, ob es Sinn macht, bei all der verfehlten Hafenpolitik der letzten Jahrzehnte auf Privatisierung als Lösung zu setzen. Die Verträge, die im Hintergrund verhandelt wurden, sind bisher noch für niemanden einsehbar, wie weitreichend diese Privatisierung sein wird, ist noch überhaupt nicht bekannt. Große Teile der Speicherstadt, der Fischmarkt und weitere Immobilien sind auch Teil des Deals. Die HHLA Tochter Metrans, die den Containertransport auf der Schiene durch ganz Europa organisiert, würde ebenfalls von MSC geschluckt werden, dadurch sind die Folgen noch nicht im Geringsten absehbar. Das MSC tatsäch-

lich mehr Ladung nach Hamburg bringt ist sehr unwahrscheinlich, denn auch bei dieser Aussage hält sich das Unternehmen bedeckt und ist von seiner ursprünglichen Versprechung von 1 Mio. zusätzlicher Container bis 2030 mittlerweile auch schon wieder abgerückt.

Dass wir als Hafentarbeiter*innen um unsere Jobs und die Arbeitsbedingungen bangen müssen, ist jedoch sicher: Die ohnehin schon geplanten konzernweiten Umstrukturierungen in der HHLA würden mit dem Verhandlungspartner MSC sicherlich mit der Brechstange durchgesetzt werden. Die Zusage vom Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für die nächsten 5 Jahre ist das Papier nicht wert, auf dem sie möglicherweise geschrieben ist. Denn die HHLA kann ohne betriebsbedingte Kündigungen Arbeitsplätze abbauen: Nämlich beim GHB und den anderen Hafendienstleistern wie z.B. den Laschbetrieben, die für sie arbeiten.

SFW: Kay, die Stimmung bei vielen Hafentarbeiter*innen ist vergiftet wegen des Alleingangs des rot-grünen Senats. Aufhalten können den Hafendeal höchstens noch die Kartellbehörden oder zu viele Abweichende bei Rot-Grün in der Bürgerschaft. Wie schätzt du die Chancen ein, diesen Deal noch zu verhindern? - Und was können wir ganz konkret dafür tun?

KJ: Ich bin Gewerkschafter, Hoffnung und der Wille, solche Ungerechtigkeiten nicht kampflos vorstattgehen zu lassen, sind im gewerkschaftlichen Gedanken angelegt. Doch allein als Beschäftigte werden wir nicht schlagkräftig genug sein, um die Stimmung in der Stadt und damit auch in der Bürgerschaft hin zu einer Ablehnung des Deals zu kippen. Wir brauchen jeden Bürger und jede Bürgerin dieser Stadt auf unserer Seite, denn der Ausverkauf des größtenteils öffentlichen Hafens, der jedes Jahr Millionen in unsere Stadt spült, ist gegen das Interesse aller. Haltet die Ohren und Augen offen, es werden noch einige Aktionen zu der Thematik stattfinden.

Am 21.02.24 findet eine große Demonstration statt, zu der ihr alle eingeladen seid euch zu beteiligen. Außerdem ist es an uns allen, zu versuchen über Emails oder Bürger*innensprechstunden auf die Bürgerschaftsabgeordneten einzuwirken und zu versuchen, das Stimmverhalten von SPD und Grünen Abgeordneten hin zu einer Ablehnung des Deals zu beeinflussen. Sprecht mit euren Freund*innen, Verwandten oder in euren politischen Zusammenhängen über dieses Thema und unterstützt uns auf der Straße!

SFW: Vielen Dank fürs Interview!

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 06.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Sonntag, 11.02., 11 bis 18 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung zur Aufstellung der Bezirksliste zur BV Wahl am 9.6.
(siehe S. 2 und 3)
Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30

Montag, 12.02., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 15.02., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro, Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 15.02., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulinaria, Spökelbarg 20

Donnerstag, 15.02., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Mittwoch, 21.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 22.02., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Sitzungssaal Caffamacherreihe 1-3-, 11.OG

Freitag, 23.02., 16:30 Uhr

Fraktionsversammlung
Hybrid: Büro Borgfelder Str. 83 + Zoom

Dienstag, 27.02., 18 Uhr

Informations-, Diskussions- und Aktionsveranstaltung des Bezirks zu antifaschistischen Aktivitäten (siehe S. 4)
Ort wird noch bekannt gegeben

März 2024

Dienstag, 05.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 20.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.03., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
im "**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126

Noch offen:

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
und der **BO Billstedt**

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Laura		
Michelle Stoop		
Rhia Baguley		
Sophia Lund		
Quentin		
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@gmx.net
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX